

Am Abend vor der Abreise wurde den Einzeltouristen durch einen Vertreter der CITS erklärt, für den nächsten Morgen bräuchten sie für die Fahrt zum Flughafen keine Fahrkarten. Am nächsten Morgen stellte sich dann heraus, daß der Bus zum Flughafen die Touristen nicht mitnehmen wollte, da sie ja keine Tickets hatten. Der Fahrer des Busses ließ sich nicht darauf ein, daß ja bereits die Fahrt bezahlt worden sei. Da man das Flugzeug nicht verpassen wollte, blieb nichts anderes übrig, als wiederum für die Fahrkarten zu zahlen.

Zwei andere Einzelreisende, die ebenfalls an *China Daily* schrieben, sollten in Guilin mit dem offiziellen Bus vom Flughafen in die Stadt fahren. Da sie wußten, daß der Bus nur an ganz bestimmten Stellen hält, fragten sie, ob sie dann auch zu ihrem Hotel gebracht würden. Der Fahrkartenverkäufer versicherte dies; der Bus werde die Touristen zu ihrem Hotel bringen. An der letzten Haltestelle wurden die Touristen aufgefordert, den Bus zu verlassen. Sie hatten dann das letzte Stück bis zu ihrem Hotel in strömendem Regen mit ihrem Gepäck zu Fuß zurückzulegen.

Andere Reisende, vor allem Einzelreisende, haben ähnliche Erfahrungen gemacht. Vielfach ist die Ursache für den schlechten Service darin zu sehen, daß die lokalen Reiseführer bzw. Mitarbeiter der CITS versuchen, Nebeneinkommen zu erzielen, indem sie die Gäste ausnehmen. Das gleiche gilt für Taxifahrer in manchen Städten, die zunächst einmal selbstverständlich auf der Zahlung in Devisen bestehen und dann die vereinbarte Strecke nicht fahren. (*China Daily*, 6., 20.3.89) -lou-

Binnenwirtschaft

*(21)

Wirtschaftspläne 1988 und 1989

Auf der 2.Sitzung des VII.Nationalen Volkskongresses erläuterte der stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin die Durchführung des Planes für die nationale wirtschaftliche und soziale Entwicklung für das Jahr 1988. Er sprach insbesondere sechs Punkte an:

- 1) Anhaltendes Wachstum der Sozialproduktion in Verbindung mit einer zu schnellen Entwicklung der Industrie. Im Jahre 1988 betrug das Bruttosozialprodukt (die Wertzunahme in primären und sekundären Produktionssektoren sowie die Exporterlöse, ausschließlich der von der Produktion oder beim Transport verbrauchten Produkte und aufgewandten Dienstleistungen) 1.385,3 Mrd. Yuan, ein Zuwachs von 11,2% gegenüber dem Vorjahr in vergleichbaren Preisen. Das Nationaleinkommen erreichte 1.153,3 Mrd. Yuan (+11,4%). Die Landwirtschaft litt unter schweren Naturkatastrophen, was zu einem Rückgang der Produktion von Getreide, Baumwolle sowie ölhaltigen Früchten in unterschiedlichem Ausmaß führte. Der Ausstoß von zuckerhaltigen Kulturen nahm in einem beträchtlichen Umfang zu, nachdem die Produktion zwei Jahre lang zurückgegangen war. In den meisten Fällen nahm die Produktion von Fleisch, Geflügel, Eiern, Milch sowie Wasserprodukten in unterschiedlichem Umfang zu. Der gesamte Bruttoproduktionswert der Landwirtschaft stieg um 3,2% gegenüber dem Vorjahr, die Steigerungsrate blieb damit unter der projizierten Steigerungsrate von 4%. Der gesamte Bruttoproduktionswert der Industrie stieg um 20,7%. Wenn der Ausstoß der Industrie auf der Ebene der Kleinstädte und darunter nicht eingeschlossen wird, so beträgt der Anstieg 17,7%. Das war ein sehr viel größerer Anstieg als das projizierte Wachstum von 8%.
- 2) Eine große Anzahl von großen und mittleren Anlageinvestitionsprojekten wurde fertiggestellt und in Betrieb genommen, doch die Nachfrage nach Investitionen stieg weiter an. Der gesamte Umfang der Investitionen, ausgedrückt durch die im Bau befindlichen Projekte, blieb weit hinter der nationalen Kapazität zurück. Im Jahre 1988 wurden 78 große und mittelgroße Investbauprojekte sowie 138 Unterprojekte von großen und mittelgroßen Projekten im Lande insgesamt fertiggestellt und in Betrieb genommen. Die Investitionen in das Anlagevermögen, insbesondere die außerbudgetären Investitionen, nahmen in einem großen Umfang zu. Der gesamte Umfang der Investitionen in das Anlagevermögen erreichte im Jahre 1988 431,4 Mrd. Yuan, ein Anstieg von 18,5% gegenüber dem vorangegangenen Jahr. Diese Wachstumsrate überstieg natürlich das Wachstum des Nationaleinkommens. Der gesamte Umfang der im Bau befindlichen Investitionsprojekte betrug 1.300 Mrd. Yuan, was offensichtlich die nationale Kapazität überstieg.
- 3) Die Einzelhandelsumsätze der unterschiedlichen Güter auf dem Markt stiegen an, aber auch die Preise stiegen sehr schnell an. Der gesamte Umfang der Einzelhandelsumsätze erreichte 744 Mrd. Yuan, was - unter Berücksichtigung der Preissteigerungen - einem tatsächlichen Zuwachs von 7,9% entspricht. Angesichts des übermäßigen Anstiegs der sozialen Bedürfnisse stieg die Geldmenge zu drastisch an, was zu einem Anstieg des Einzelhandelspreisindex von 18,5% führte.
- 4) Unter diesem Punkt wiederholte Yao die im Kommuniqué des Staatlichen Amtes für Statistik der Volksrepublik über die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 1988 bereits enthaltenen Zahlen über das Einkommen der städtischen und ländlichen Bewohner. Die Wachstumsraten beider Einkommensmargen seien höher gewesen als die Wachstumsrate des Nationaleinkommens. Angesichts der übermäßigen Preissteigerungen habe sich der tatsächliche Lebensstandard einer beträchtlichen Anzahl von städtischen Einwohnern gesenkt.
- 5) Im wirtschaftlichen und technologischen Austausch mit dem Ausland seien Fortschritte gemacht worden, doch seien weitere Verbesserungen im Außenhandel nötig.
- 6) Im Jahre 1988 seien Projekte im Bereich der Wissenschaft und Technologie schnell entwickelt worden. Der Staat habe 217 Preise für Erfindungen sowie 513 Preise für den Fortschritt in Wissenschaft und Technologie vergeben.

Yao wies dann darauf hin, daß die Wirtschaft überhitzt sei, daß die Nachfrage zu hoch sei und daß die Inflation sich ausgebreitet habe. Man werde ernsthafte Maßnahmen ergreifen, um den sog. institutionellen Verbrauch einzuschränken. Plangemäß soll dieser

Verbrauch gegenüber dem Vorjahr um 20% gesenkt werden. Des weiteren soll die Verwaltung jener Mittel gestrafft werden, die für die Löhne vorgesehen sind. Der gesamte Umfang der Löhne, die an die Arbeiter gezahlt werden, wird 1989 weiter wachsen. Die Wachstumsrate muß jedoch kontrolliert werden, sie soll innerhalb der Grenzen der finanziellen Stärke des Landes bleiben. Als weitere Maßnahme ist vorgesehen, ein System zu perfektionieren, wonach individuelle Einkommensteuern zu entrichten sind. Im Verlauf der Bemühungen, die Investitionen zu reduzieren, wird die Unternehmensstruktur verbessert, indem einige Unternehmen geschlossen oder in andere Unternehmen überführt werden; auch die Veränderung der Produktstruktur ist vorgesehen sowie eine Optimierung der Arbeitsorganisation.

Auch die Zahl der ländlichen Bauerngruppen, die auf Vertragsbasis in den Städten an Investitionsprojekten arbeiten, wird reduziert werden. Auch die Anwerbung neuer Arbeiter als Ersatz für ausscheidende Arbeitskräfte wird strikt kontrolliert werden.

In Übereinstimmung mit dem 7.Fünfjahresplan ist eine weitere Konzentration aller Ressourcen auf 20 umfassende technologische Projekte, 100 Schlüsseltechnologieprozesse und 400 wichtige Produktforschungsprojekte vorgesehen. Der Anteil der im Inland hergestellten Teile in den Produkten wird erhöht werden.

Die für 1989 vorgesehenen Makroziele sind wie folgt: Es soll ein angemessenes Wirtschaftswachstum erreicht werden. Der landwirtschaftliche Output soll um 4% steigen, die Industrieproduktion um 8%. Das Bruttosozialprodukt soll um 7,5% gegenüber dem Vorjahr steigen. Der Gesamtumfang der Investitionen in das Anlagevermögen soll um 20% sinken. Der Umfang der Investitionen soll für 1989 ca. 330 Mrd.Yuan betragen, 92 Mrd.Yuan weniger als 1988.

Besonderes Augenmerk soll darauf gelegt werden, die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen, insbesondere die Produktion von Getreide, Baumwolle und ölhaltigen Früchten. 1989 sollen 410 Mio.t Getreide produziert werden, das wären 16 Mio.t mehr als 1988. Weitere Produktionsziele: 4,5 Mio.t Baumwolle (300.000 t mehr als 1988), 16 Mio.t ölhaltige Früchte (+2,8 Mio.t), 65 Mio.t Zuckerrohr und

Zuckerrüben (+2,63 Mio.t). Auch die Schweinezucht soll ermutigt werden. Die gesamte Schweinefleischproduktion soll 1989 23,4 Mio.t umfassen, das wären 200.000 t mehr als 1988. (Radio Beijing, 21.3.89, zit. nach SWB, 28.3.89) -lou-

*(22)

Li Peng vor dem NVK: Über Störungen der Wirtschaft und Probleme der Wirtschaftsreform

Ministerpräsident Li Peng erstattete auf der 2.Tagung des VII.Nationalen Volkskongresses am 20.März 1989 den Bericht über die Tätigkeit der Regierung. Sein Bericht trug den Titel "Die Richtlinie, das wirtschaftliche Umfeld zu verbessern, die Unordnung in der Wirtschaft zu überwinden und die Reform zu vertiefen, unbeirrbar durchsetzen". Li Peng sprach in seinem breit angelegten Bericht fast alle Probleme der gegenwärtigen Wirtschaft an - zu meist in aller Deutlichkeit -, doch blieben seine Schlußfolgerungen und Aussagen über zu ergreifende Maßnahmen an vielen Stellen recht vage. Dies mag Ausdruck des in der Führung gefundenen Kompromisses über das Schicksal der Wirtschaftsreformen sein. Angesichts des hohen Problemdrucks können momentan wohl auch keine durchgreifenden neuen Lösungsansätze erwartet werden. Alles scheint darauf hinzudeuten, daß versucht werden soll, durch Interventionen und Kontrollen die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen und die Wirtschaft wieder in ein ruhigeres Fahrwasser zu leiten.

Im folgenden werden wichtige Aussagen von Li Peng wiedergegeben und ggf. kommentiert:

Hinsichtlich der Öffnung nach außen scheint das Jahr 1988 ein gutes Jahr gewesen zu sein. "Der Anteil industrieller Fertigprodukte am Export hat sich erhöht. Ausländisches Kapital, das effektiv genutzt wurde, betrug 9,84 Mrd.US\$, das ist eine Zunahme um 16,4% gegenüber dem vorletzten Jahr (1987). 5.940 Unternehmen ausländischer Kapitalbeteiligung wurden 1988 genehmigt, ein Rekord seit 1978." Das Rekordergebnis kann darauf zurückzuführen sein, daß Unternehmen mit ausländischem Kapital eine relativ lange Vorlaufzeit erfordern. Die Verhandlungen für viele der jetzt genehmigten Unternehmen wurden mit großer Wahrscheinlichkeit bereits vor zwei oder drei Jahren begonnen.

"Der Gesamtindex der Einzelhandelspreise des ganzen Landes stieg gegenüber 1987 um 18,5%. Die Preise sind so hoch gestiegen, daß die Bevölkerung, die Betriebe und der Staat nicht weiter belastbar sind. Der Lebensstandard eines erheblichen Teils der Städter ist gesunken. Diese Umstände haben in der Gesellschaft allgemein Aufmerksamkeit erregt und große Besorgnis in der Bevölkerung ausgelöst, die gesellschaftliche Stabilität und die Zuversicht der Bevölkerung in die Reform beeinträchtigt." Das tatsächliche Ausmaß der Inflation dürfte weitaus höher sein, als die von Li Peng genannten 18,5%. Ausländische Wirtschaftsexperten schätzen, daß die tatsächliche Inflation im Jahre 1988 bei 30-35% lag.

Es werden auch Erklärungen für die Inflation genannt. "Die Verschärfung der Inflation ist auf die überhitzte Entwicklung der Wirtschaft und den aufgeblähten Investitions- und Konsumbedarf zurückzuführen und ist das Ergebnis davon, daß die gesellschaftliche Gesamtnachfrage das Gesamtangebot übersteigt." Weiter heißt es: "Die Ausgaben des Staates sind größer als die Einnahmen, der Gesamtumfang der Kredite ist zu groß, und es wurden zu viele Banknoten emittiert."

Daß das Nebeneinander von Planwirtschaft und Marktwirtschaft nicht reibungslos vonstatten geht, äußert sich an vielen Stellen. "Um persönliche Vorteile zu ergattern, lassen sich einige Betriebe und Einzelpersonen auf illegale Schiebergeschäfte ein, ziehen aus jedem Zwischenglied der Warenzirkulation finanziellen Nutzen und produzieren und verkaufen gefälschte und schlechte Waren, was die Preissteigerung anheizt und das Chaos in der Wirtschaftsordnung verschlimmert. Die erwähnten Begleiterscheinungen rühren daher, daß es in der Periode der Ablösung der alten Struktur durch die neue unmöglich ist, innerhalb kurzer Zeit einen neuen Mechanismus der Selbstanpassung und Selbstkontrolle zu bilden."

Wie Selbstkritik lesen sich die weiteren Äußerungen Li Pengs in diesem Zusammenhang: "Wir haben bei unserer Leitungstätigkeit der Verhütung solcher Phänomene wie, daß der Aufbauumfang blind erweitert, einseitig nach hohen Produktionswerten und hohem Ausstoß gestrebt und um das Entwicklungstempo gewetteifert wird, nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt und sie nicht tatkräftig genug über-

wunden. Unsere Orientierung bei der Reform ist richtig, und die Reform als Ganzes ist erfolgreich. Doch es mangelt uns bei der Anleitung oft an einem tiefen Verständnis für die Schwierigkeiten und Komplexität der Reform, so daß wir nicht genug darauf achten, umfassende flankierende Maßnahmen zu ergreifen, und es versäumen, im Zuge der Dezentralisierung zur Belebung der Wirtschaft rechtzeitig die Verwaltung und Kontrolle zu straffen und so schnell wie möglich einen gesamtwirtschaftlichen Steuerungsapparat zu schaffen."

Die Preisreform hat eine besondere Bedeutung. Hier entstanden gewaltige Probleme: "Wir erkannten den hohen Stellenwert der Preisreform in der gesamten wirtschaftlichen Strukturreform, haben aber in der praktischen Arbeit die Belastbarkeit des Staates, der Betriebe und der Bevölkerung nicht richtig eingeschätzt, trotz der recht erheblichen Inflation nicht rechtzeitig wirksame Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzen und zur Kontrolle der Preise getroffen, sondern weiter einige Preise freigegeben bzw. angehoben, was die Angst der Bevölkerung vor Preissteigerungen verstärkte und an vielen Orten des Landes Panikkäufe und ein Schrumpfen der Spareinlagen auslöste."

Im folgenden wird die notwendige Konsolidierungsphase angesprochen: "Von diesem Jahr werden wir zwei Jahre oder mehr benötigen und uns bemühen, die Ziele eines verbesserten Wirtschaftsumfeldes und mehr Ordnung in der Wirtschaft zu erreichen." Danach folgen sechs Punkte. Neben der Abkühlung der Wirtschaftsentwicklung wird die Inflation genannt, die 1989 und 1990 weiter verringert werden soll. Der Umfang der Investitionen soll reduziert werden, es gelte auch, das Gleichgewicht zwischen der übermäßigen gesellschaftlichen Gesamtnachfrage und Gesamtangebot schrittweise aufzuheben. Der Ertrag an Getreide, Baumwolle und ölhaltigen Pflanzen müsse gesteigert und die schwierige Lage in der Energie-, Rohstoff- und Werkstoffversorgung sowie im Verkehr und Transport müsse entspannt werden. Wirtschaftsgesetze müßten eingeführt und ergänzt werden.

Die folgenden Aussagen deuten darauf hin, daß vieles beim Steuersystem und hinsichtlich der Gründung von neuen Unternehmen im argen gelegen hat:

"Im ganzen Land wurden im großen Stil Finanzen, Steuern und Preise überprüft. Dabei wurde ermittelt, daß 7,41 Mrd. Yuan dem Staat widerrechtlich vorenthalten worden waren. Davon wurden 5,65 Mrd. Yuan inzwischen bereits an den Staat abgeführt." Viele der neu gegründeten Unternehmen, aber auch ältere Unternehmen sind seit 1986 überprüft worden. "Bis Ende Januar d.J. wurden 17.092 Gesellschaften, welche nicht die notwendigen Voraussetzungen haben oder überhaupt nicht hätten gegründet werden sollen, geschlossen bzw. mit anderen zusammengelegt; von den 24.187 von Partei- und Regierungsorganen gegründeten Gesellschaften wurden 20.000 ganz geschlossen oder zusammengelegt oder haben sich von Partei- und Regierungsorganen gelöst, dies entspricht etwa 80%. Von den mehr als 40.000 Partei- und Regierungsfunktionären sowie pensionierten Kadern, die nebenberuflichen Tätigkeiten in Handelsgesellschaften nachgingen, haben mehr als 70% ihre Nebenämter oder ihre Ämter in Partei und Regierungsorganen aufgegeben oder bereits gemäß den staatlichen Bestimmungen entsprechende Formalitäten erledigt."

Inzwischen sind einige wichtige Produkte und knappe Güter einer verstärkten Verwaltung unterstellt worden, manche von ihnen sogar monopolisiert worden. "Diese Maßnahmen tragen zu einem gewissen Grade dazu bei, Panikkäufen zu erhöhten Preisen und illegalen Schiebergeschäften einen Riegel vorzuschieben, und sind ein positiver Beitrag zur Schaffung einer Marktordnung und zur Stabilisierung der Warenpreise."

Zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes und zur Überwindung der Unordnung in der Wirtschaft sollen vor allem drei ideologische Probleme noch besser gelöst werden. Gesetz und Disziplin sollen entschlossen verteidigt werden. Man müsse zu der Einstellung gelangen, daß Anordnungen wirklich zu befolgen und Verbote wirklich zu achten sind. Zweitens sei es unumgänglich, die vorhandenen Interessen auf angemessene Weise auszugleichen. Drittens müßten sich die Regierung und das Volk in Gedanken darauf gefaßt machen, für einige Jahre den Gürtel enger schnallen zu müssen.

Es werden verschiedene Maßnahmen genannt, um den Wildwuchs zu beschneiden. "Denjenigen Finanzinstitutionen, die keinen Bankcharakter haben, ist es verboten, Investitionskredite zu gewähren."

Das schnelle Wachstum der Konsumnachfrage soll schnell unter Kontrolle gebracht werden. "Erstens müssen wir den Konsum der Betriebe und Institutionen entschlossen einschränken und kontrollieren. Die Kaufkraft der Betriebe und Institutionen des ganzen Landes muß in diesem Jahr gegenüber 1988 um 20% gekürzt werden. Zweitens müssen wir den Anstieg der gesamten Lohnsumme streng im Griff behalten und der willkürlichen Vergabe von Prämien und Wertsachen, der eigenmächtigen Ausweitung der Subventionen und des Umfangs dieser Mittelvergabe Einhalt gebieten ... Drittens müssen wir den Sparwillen der Bevölkerung kräftig fördern und anspornen, mit verschiedenen Maßnahmen den Konsum in die richtige Richtung lenken, die gesellschaftliche Kaufkraft abschöpfen und für später aufheben."

In den Markt soll mittels Kontrollen eingegriffen werden. "Preis- und Marktkontrollen müssen wirksam verstärkt und die Finanz- und Wirtschaftsdisziplin gestrafft werden, damit der Preisindex in diesem Jahr deutlich unter demjenigen des Vorjahres liegt. Was die vom Staatsrat kontrollierten Preise für Produktionsmittel und Konsumgüter und Gebühren anbelangt, dürfen weder Behörden noch örtliche Verwaltungen oder Betriebe sie eigenmächtig erhöhen."

Unter der Überschrift "Die Wirtschaftsstruktur im Zuge der Gesundung und Ordnung der Wirtschaft neu gestalten" werden einige Bereiche besonders herausgehoben. Als erstes wird hier die Landwirtschaft genannt. "Um die Bauern mehr zur Steigerung der Getreide- und Baumwollproduktion anzuregen, hat der Staatsrat beschlossen, ab 1. April d.J. die Ankaufpreise für das vom Staat vertraglich bestellte Getreide im Durchschnitt um 18% zu erhöhen. Ferner wurde beschlossen, die 'Politik der dreifachen Koppelung' - Angebot von Kunstdünger und von Dieselöl zu fixiertem Preis und eine Abschlagzahlung bei Bestellung an den vertraglichen Ankauf von Getreide durch den Staat - weiterhin zu verbessern und die Kunstdüngermengen, die nach dem Getreideankaufvertrag vom Staat als Gegenleistung angeboten werden, angemessen zu erhöhen. Der Teil des Getreides, welcher die Menge übersteigt, die im Ankaufvertrag festgeschrieben ist, darf auf dem Markt verkauft werden, und der Preis dieses Teils darf je nach

Marktsituation schwanken. Zugleich wird der Einkaufspreis für Baumwolle, sobald sie auf den Markt kommt, angemessen erhöht."

Im zentralen Staatshaushalt sind mehr Ausgaben veranschlagt worden, um Mittel für die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und den Wasserbau bereitzustellen. "Um auch ein stabiles Wachstum zu gewährleisten, ist vorgesehen, von diesem Jahr an viele Akkumulationsmöglichkeiten für einen landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds zu erschließen. Die entsprechenden Finanzen sind durch außerordentliche Mittel, wie völlige oder teilweise Abführung von Steuern von gemeinde- und dorfeigenen Betrieben, durch Steuern auf die Nutzung von Pachtland sowie spezielle Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, durch Steuern von ländlichen Einzelgewerbetreibenden sowie Handwerkern, Händlern und Privatbetrieben sowie zu einem gewissen Teil durch Auslandskredite aufzubringen."

Die Landwirtschaftsbank sowie die Kreditgenossenschaft sollen im laufenden Jahre die Landwirtschaftskredite um 17,2 Mrd. Yuan erhöhen. Außerdem wurden die Verwendungszwecke für die vorhandenen Landwirtschaftskredite von etwa 80 Mrd. Yuan neu festgelegt, um den Aufbau der national und regional geleiteten Produktionszentren zu unterstützen und schwerpunktmäßig die Produktion von Fleisch, Geflügel, Aquaprodukten, Gemüse und anderen Lebensmitteln zu entwickeln.

Unter der Überschrift "Gesundung und Ordnung der Wirtschaft eng mit der Vertiefung der Reformen verknüpfen" wird betont, daß an der Reformpolitik unter allen Umständen festgehalten werden soll. "Wir verbessern das wirtschaftliche Umfeld, überwinden die Unordnung in der Wirtschaft und halten dabei an der Hauptrichtung fest, nämlich der Reformpolitik. Wir werden keinesfalls zum alten ökonomischen Modell zurückkehren, das durch eine übermäßig zentralisierte und übertrieben rigide und detaillierte Kontrolle gekennzeichnet war, und sind noch weniger den Weg in die Privatisierung einschlagen, der der sozialistischen Gesellschaftsordnung zuwiderläuft."

Etwas vage hören sich die Äußerungen zur Öffnung der Wirtschaft nach außen an. Es werden zwar die Ziele genannt,

über die konkreten Maßnahmen wird jedoch nur wenig ausgesagt. "Wir müssen die Strategie für die Entwicklung in den Küstengebieten beharrlich durchsetzen und die exportorientierte Wirtschaft weiter entwickeln."

"Die effektive Nutzung ausländischen Kapitals und der Import moderner Technologien gehören zu den langfristigen politischen Richtlinien. Die Nutzung ausländischen Kapitals und die Einfuhr von modernen Technologien müssen sowohl gegenwärtig als auch in Zukunft den politischen Richtlinien für die Wirtschaftszweige unseres Landes entsprechen ... Wir müssen das Investitionsklima weiter verbessern, die Wirtschaftsgesetzgebung vervollständigen, ausländischen Geschäftsleuten dabei helfen, Schwierigkeiten zu überwinden, und gewährleisten, daß sie im Rahmen der entsprechenden Vorschriften ihre Geschäfte betreiben können."

Zwei sehr wichtige Probleme der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft, nämlich die Bevölkerungspolitik und der Umweltschutz, werden nur sehr kurz angesprochen. Auch hier werden detaillierte und konkrete Lösungsvorschläge nicht vorgetragen. Es heißt beispielsweise: "Wir müssen die derzeitige Familienplanungspolitik unbeirrt, gewissenhaft und umfassend umsetzen, uns für späte Heirat, höheres Gebäralter, geringe Geburtenzahl je Frau sowie eugenische Vorsorge einsetzen und an der Ein-Kind-Familie festhalten."

"Die Stärkung des Umweltschutzes gehört ebenfalls zu unserer nationalen Politik. Regierungsorgane aller Ebenen müssen den Umweltschutz als wichtige Frage im Zusammenhang mit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung behandeln und die entstehende Umweltverschmutzung unter Kontrolle bringen, wobei entschiedene Maßnahmen eingeleitet werden müssen. Alle Gesellschaftsschichten müssen mobilisiert werden, um Bäume zu pflanzen und Wälder anzulegen, unser Land zu begrünen und ein ökologisches Gleichgewicht herzustellen."

Festzuhalten bleibt, daß eine zwei- bis dreijährige Konsolidierungsphase für die Wirtschaft eingeleitet worden ist. Mittels Kontrollen und Interventionen in vielen Bereichen - Preissystem, vor allem aber auch Investitionsbereich - soll die überhitzte Wirtschaft auf ein verträgliches Maß zurückgefahren werden. Daß die Wirtschaftsreform auf

diese Weise keine schnellen Fortschritte machen kann, ist evident. Es hat sich gezeigt, daß die Grundbedingungen für die Wirtschaftsreformen nicht gegeben waren. Zur stärkeren Ausdehnung des marktwirtschaftlichen Sektors benötigt man ein funktionierendes Regelsystem, Gesetze, Sanktionsmechanismen für Gesetzesverstöße sowie allgemein ein Bewußtsein für Wirtschaftlichkeit. Solche Voraussetzungen sind noch lange nicht geschaffen worden; deshalb werden die Reformen, vor allem wenn sie zu schnell und zu umfangreich angelegt sind, immer wieder in Phasen der Überhitzung und der Unordnung einmünden. Die Überhitzungserscheinungen müssen mit den herkömmlichen Mitteln der Planwirtschaft bzw. der administrativen Steuerung korrigiert werden. (Wörtliche Zitate nach BRU, Nr.15, 11.4.89, S.I ff.) -lou-

*(23)

Drei-Schluchten-Projekt bis auf weiteres verschoben

Das ehrgeizige Staudammprojekt der Volksrepublik am Yangzi soll bis auf weiteres verschoben werden. Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Yao Yilin teilte am 3.4.1989 in Beijing mit, der geplante Stausee "Drei-Schluchten" werde weder im Wirtschaftsprogramm, das gegenwärtig überarbeitet wird, noch im 8.Fünfjahresplan (1991-1995) erfaßt werden. Sollte das Projekt eines Tages in Angriff genommen werden, so werde es sicherlich dem Nationalen Volkskongreß unterbreitet werden, so Yao auf einer Pressekonferenz am Rande des Nationalen Volkskongresses.

270 chinesische Abgeordnete, das sind knapp 10% aller Parlamentarier, hatten gegen den Bau des Staudamms gestimmt, weil er nach ihrer Ansicht die Wirtschaft und die soziale Ordnung in China gefährde.

Der Abschlußbericht der Durchführbarkeitsstudie über den Staudamm ist inzwischen fertiggestellt worden. Die Führungsgruppe, die im Jahre 1986 errichtet wurde, hat die Studie genehmigt.

Ein vorläufiger Bericht war im Jahre 1983 fertiggestellt und im Jahre 1984 vom Staatsrat genehmigt worden.

Pan Jiazhen, der stellvertretende Chef der Führungsgruppe, erklärte Anfang März in Beijing, die Gruppe habe den

Schlußbericht sorgfältig geprüft und ihn während einer acht Tage dauernden Diskussion gebilligt.

Die Führungsgruppe bestand aus zwölf Ministern oder stellvertretenden Ministern sowie führenden Ingenieuren des Ministeriums für Wasserressourcen, des Ministeriums für Energieressourcen und entsprechenden Abteilungen unter dem Staatsrat.

Der Schlußbericht stellt fest, daß das Projekt notwendig sei, und empfiehlt, daß mit dem Bau im Jahre 1992 begonnen werde. Der Bericht hat mehr als 150.000 chinesische Schriftzeichen und neun Kapitel. Er befaßt sich vorwiegend mit der Rolle des Projektes in dem Gesamtplan zur Entwicklung des größten Flusses Chinas, des Yangzi. Der Bericht behandelt auch die Technologie, die Umsiedlung sowie Umweltprobleme, die mit dem Projekt verbunden sind.

Der vorgeschlagene Damm soll 185 m hoch sein, der normale Wasserstand soll 175 m betragen. Der Damm würde mindestens 36,1 Mrd. Yuan (1986er Preise) kosten. Die Bauzeit wird auf 18 Jahre veranschlagt.

Die Gegner des Projektes hatten die Ende März stattfindende Tagung der 7. Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes zum Anlaß genommen, ihren Kampf gegen den Bau des Projektes vorzutragen. Ma Dayou, der eine Rede für die Demokratische Liga Chinas hielt, machte geltend, daß die Durchführbarkeitsstudien nicht in einer demokratischen oder wissenschaftlichen Weise durchgeführt worden seien.

Ma erklärte, der Damm, der nach seinen Erkenntnissen mehr als 100 Mrd. Yuan kosten werde, würde große Strecken von Ackerland überfluten und 1,3 Millionen Menschen dazu zwingen, ihre Wohnungen zu verlassen.

Dieses Projekt würde auch eine direkte Auswirkung auf die gegenwärtigen Bemühungen des Landes haben, die Wirtschaft wieder anzupassen. Die gewaltige Investition, sogar wenn sie über 20 Jahre wie geplant verteilt würde, sei eine zu große Belastung für die Finanzen des Landes. Eine Gruppe prominenter Intellektueller und Künstler

hatte bereits Ende Februar ihre Opposition gegen den Bau des Dreischluchten-Projektes artikuliert. Am 28. Februar 1989 hatten sich in Beijing ca. 90 Menschen versammelt, um der Veröffentlichung eines neuen Buches Nachdruck zu verschaffen. Dieses Buch enthält Beiträge, die sich gegen das geplante Projekt aussprechen. (China Daily, 1., 8. und 25.3.89; XNA, 1.4.89) -lou-

*(24)

Nuklearenergie unverzichtbar

Die sich verschärfende Knappheit an Energie mache es dringend nötig, daß China seine Nuklearindustrie entwickle. Jiang Xinxiong, der Hauptgeschäftsführer der China General Corporation of Nuclear Industry, erklärte, daß für den Rest des Jahrhunderts ein Plan entwickelt werde, um die Entwicklung der Nuklearenergie zu steuern. Jiang, der gerade vom Bauplatz des Nuklearkraftwerkes Qinshan in der Provinz Zhejiang zurückgekehrt war, erklärte, daß das Projekt mit einer Anfangskapazität von 300 MW im nächsten Jahr in Betrieb gehen werde.

Einige Experten schätzen, daß gegen Ende dieses Jahrhunderts die Kapazität der Nuklearkraftwerke des Landes 12 Mio.kW überschreiten werde. Jedoch auch dann würde der Bedarf an elektrischer Energie bei weitem nicht befriedigt werden können.

Es wird vorausgesagt, daß die Leistung der Kraftwerke von gegenwärtig 110 Mio. auf mindestens 250 Mio.kW um das Jahr 2000 ansteigen wird, das bedeutet ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 12 Mio.kW.

Dies würde erfordern, daß die Kohlezechen des Landes jedes Jahr 22,5 Mio.t mehr Kohle für Thermalkraftwerke produzieren müßten. Dies sei fast unmöglich, hieß es in einem Artikel der *Wirtschaftszeitung*, der von der *China Daily* abgedruckt wurde.

Sogar wenn diese Menge Kohle produziert werden könnte, wie könnten 400 Mio.t pro Jahr zu den Verbrauchsorten transportiert werden, angesichts der zurückgebliebenen Transportrichtungen des Landes?

In dem Artikel wurde Taiwan als Beispiel genannt. Die dortigen drei Kernkraftwerke erzeugen 318 Mio.kWh pro Jahr, das ist etwa die Hälfte der Gesamtenergie. Man würde dafür 11 Mio.t Kohle benötigen, die aus dem Ausland mit monatlich 200 Schiffen herantransportiert werden müßten. Für die Kernkraftwerke benötige man nur 150 t Uran.

Die Nuklearindustrie der Volksrepublik hatte einen späten Start, weil viele angenommen hatten, daß das Land genügend Kohle und hydroelektrische Ressourcen besitze. Doch die Pro-Kopf-Ressourcen an Öl, Wasserkraft und Kohle lägen, so hieß es, unter dem Weltdurchschnitt. Die unzureichende Versorgung mit Energie sei zu einem wichtigen Faktor geworden, der die Wirtschaft des Landes am Fortschritt hindere. Eine nicht ausgeglichene Energieverbrauchsstruktur, wobei Kohle den größten Anteil habe - 76,3% -, habe das Umweltproblem vergrößert. Die Verteilung der Energieressourcen in China ist verzerrt. Ca. 80% der Kohle des Landes befinden sich im Norden, während weniger als 2% in den industriell entwickelten südöstlichen Provinzen gefunden werden. Deswegen müssen fast die Hälfte der Transportkapazitäten der Eisenbahn und der Flüsse für den Kohletransport genutzt werden.

China werde kein zweites Atomkraftwerk an der Bucht von Daya in unmittelbarer Nachbarschaft zur britischen Kronkolonie Hongkong bauen. Auch die dort gegenwärtig im Bau befindliche Atomanlage werde zumindest bis zum Jahre 2000 nicht vergrößert. "Der Bau einer zweiten Atomanlage ist nur die persönliche Idee einiger Experten", so der Sprecher des chinesischen Energieministeriums, Wang Wenzhe. Umweltschützer in Hongkong hatten eine mögliche Gefährdung der Stadt befürchtet, nachdem ein Experte des nationalen chinesischen Kraftwerksunternehmens am 30.3. solche Pläne bekanntgegeben hatte. In Hongkong war es wegen des Baus einer Atomanlage in der Bucht von Daya wiederholt zu Protesten gekommen.

Bereits zuvor hätten die chinesischen Behörden der britischen Botschaft in Beijing signalisiert, daß es keine Pläne zum Bau einer zweiten Anlage in der

Bucht gäbe, so der Sprecher der Stadtverwaltung von Hongkong. Von seiten des chinesischen Energieministeriums hieß es, angesichts der Energieknappheit in der Provinz Guangdong müsse allerdings mit weiteren Plänen zur Energiegewinnung gerechnet werden. Das Atomkraftwerk in der Bucht von Daya soll seine Energieproduktion im Jahre 1990 aufnehmen. Es wird dann 70% seines Stroms an Hongkong liefern. (China Daily, 16.3.89; XNA, 9.4.89) -lou-

*(25)

Budgetdefizit für 1989 ca. 7 Mrd. Yuan

Auf der 2. Sitzung des VII. Nationalen Volkskongresses am 20.3.1989 gab Wang Bingqian, Staatskommissar und Finanzminister, einen Bericht über die Staatsfinanzen des Jahres 1988 sowie das Budget für 1989 bekannt.

Hinsichtlich der Erfüllung des Budgets für das Jahr 1988 machte Wang die folgenden Aussagen:

Die Einnahmen überschritten das Budgetziel, und die Fondsmittel reichten grundsätzlich aus, um den Bedürfnissen der Reform, des Aufbaus und anderer Unternehmungen zu entsprechen. Nach den gegenwärtigen Schätzungen betragen die gesamten Staatseinnahmen 258,782 Mrd. Yuan, die gesamten Staatsausgaben kamen auf 266,831 Mrd. Yuan. Demzufolge ergab sich ein Defizit in Höhe von 8,049 Mrd. Yuan. Es wird einige Veränderungen dieser geschätzten Zahlen geben, wenn die endgültige Abrechnung vorgenommen worden ist. Das Defizit wird aber nicht die geschätzte Zahl überschreiten.

Wang listete dann die folgenden Schwierigkeiten und Probleme im Bereich der Staatsfinanzen auf:

- 1) Während mehrerer aufeinanderfolgender Jahre gab es Defizite. Die Defizite sind nicht auf die Zentralregierung beschränkt. In einigen Gebietskörperschaften gab es ebenfalls Defizite, insbesondere auf der Ebene der Kreise ist die Situation schwierig.
- 2) Geringe wirtschaftliche Erfolge der Betriebe schränken das Wachstum der Staatseinnahmen ernsthaft ein. Hinzu kommt, daß wir in den letz-

ten Jahren zu weit damit gegangen sind, Steuern und abzuliefernde Gewinne an den Staat zu reduzieren. Es ist uns auch nicht gelungen, die Investitionen in das Anlagevermögen zu kontrollieren. Es gab einen scharfen Anstieg hinsichtlich der Rückzahlungen von Krediten, was die Steuerzahlungen beeinträchtigte. Der Prozentsatz der Staatseinnahmen in bezug auf das Nationaleinkommen sank von 31,9% im Jahre 1979 auf 19% im Jahre 1988. Dies machte es schwierig, genügend Mittel aufzubringen, um den Bedürfnissen der Schlüsselreform und der Investitionsprojekte nachzukommen.

- 3) Ein sehr ernstes Problem besteht darin, daß Steuern hinterzogen werden, daß willkürlich Gewinne, die für die Staatseinnahmen bestimmt sind, zurückgehalten werden. Des weiteren werden Mittel verbraucht, um Gäste zu unterhalten, um Geschenke zu geben, um Reisen zu machen und sonstige nutzlose Praktiken durchzuführen. Es ist nötig, die Erfahrungen hier zusammenzutragen, um diese Probleme nach und nach lösen zu können.

Wang Bingqian erklärte dann, die wichtigsten Prinzipien für das Staatsbudget des Jahres 1989 bestünden darin, neben der Konzentrierung von Fondsmitteln und der Erhöhung der Einnahmen in angemessener Weise entschlossen eine Finanzpolitik durchzusetzen, die darauf ausgerichtet ist, die Nachfrage nach Mitteln einzuschränken, die Ausgaben zu senken und das Defizit zu kontrollieren.

Wang kündigte dann an, daß das Budget für das Jahr 1989 gesamte Staatseinnahmen in Höhe von 258,68 Mrd. Yuan vorsieht. Die Staatsausgaben sollen 293,08 Mrd. Yuan betragen, so daß sich wiederum ein Defizit in Höhe von 7,4 Mrd. Yuan ergeben wird. Immerhin sei dies eine Verringerung von ca. 650 Mio. Yuan gegenüber dem projizierten Defizit für das Jahr 1988.

Wang erläuterte insbesondere die folgenden Fragen in seinem Bericht an den Nationalvolkskongreß:

- 1) Die Frage der richtigen Konzentration der Mittel. Der Staatsrat hat entschieden, daß von 1989 an 10%

der extrabudgetären Mittel aller staatseigenen Unternehmen und Institutionen, der Regierungsämter, der Organisationen, der Einheiten der Nationalen Volksbefreiungsarmee und der lokalen Regierungen sowie der Gewinne nach der Einkommensteuer der Kollektiven und privaten Unternehmen sowie der Geschäfte in Individualeigentum als Teil des sog. Budgetregulierungsfonds eingesetzt werden. Die so zustande kommende Summe wird für 1989 auf ca. 12 Mrd. Yuan geschätzt. Der Staatsrat hat entschieden, eine besondere Verbrauchssteuer auf Farbfernsehgeräte und Personenkraftwagen zu erlassen, um die Produktion und den Verbrauch zu regulieren und neue Finanzquellen zu eröffnen. Gleichzeitig wird die Erhebung einer Steuer auf spezielle landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Produkte ausgeweitet, und die entsprechende Steuerrate wird ebenso angehoben. Was die Bausteuer auf selbst finanzierte Investbauinvestitionen angeht, so wird auch diese Rate angepaßt werden; die Methode der Erhebung wird verbessert werden. Der Importzoll und die Produktsteuer sowie die Mehrwertsteuer auf importierte Güter werden nach den tatsächlichen Wechselkursraten berechnet.

- 2) Die Frage der Anhebung des landwirtschaftlichen Inputs. Aufgrund des Budgets für 1989 werden die Ausgaben für die Unterstützung der Produktion in ländlichen Gebieten sowie die landwirtschaftlichen Betriebsausgaben auf 17,396 Mrd. Yuan festgesetzt, das sind 1,886 Mrd. mehr als im vorangegangenen Jahr. Die von den zentralen und lokalen Finanzabteilungen errichteten Sonderfonds zur Hilfe der Armen betragen 2,9 Mrd. Yuan, ca. 300 Mio. Yuan mehr als im vorangegangenen Jahr. Inzwischen hat der Staatsrat entschieden, die Ankaufpreise für Getreide und ölhaltige Früchte sowie den Preis für Baumwolle zu erhöhen. Eine gewisse Menge des Getreides, das sonst zu ausgehandelten Preisen angekauft wird, soll zu Marktpreisen aufgekauft werden. Es ist nötig, die Finanzsubventionen um nahezu 9 Mrd. Yuan anzuheben.

3) Die Frage der Erhöhung der Investitionen für Bildung und Ausbildung. Das Staatsbudget für 1989 setzt als Betriebsausgaben für kulturelle, erzieherische, wissenschaftliche Zwecke sowie für Projekte des Gesundheitswesens 51,388 Mrd.Yuan fest (ein Plus von 7,3% gegenüber dem vorangegangenen Jahr). Die Ausgaben für Bildung und Erziehung betragen 29,864 Mrd.Yuan. Trotz der relativ schwierigen Finanzsituation und des Zurückschneidens von Ausgaben in verschiedenen Bereichen hat der Staat sein Äußerstes getan, um Investitionen im Erziehungsbereich zu planen.

4) Die Frage der Regulierung von Zinssätzen der Banken und der Wertbestandsgarantie für Spareinlagen. Der Staatsrat entschied, daß vom September 1988 an die Zinsraten sowohl für Einlagen als auch Kredite um einen Prozentpunkt angehoben werden sollen. Es sollen Vorkehrungen getroffen werden, um den Wert der Termineinlagen von mehr als drei Jahren sicherzustellen. Seit dem 1. Februar 1989 sind die Zinsraten auf feste Einlagen der ländlichen und städtischen Einwohner, Betriebe und Institutionen um durchschnittlich 3,06 Prozentpunkte angehoben worden.

5) Die Frage der Anpassung der Löhne der Arbeiter. Um den Enthusiasmus der Arbeiter weiter anzufachen und die Probleme der Arbeiter mit den höheren Preisen zu lösen, hat der Staatsrat entschieden, die Löhne der Arbeiter von Verwaltungsinstitutionen in diesem Jahr zu erhöhen. Der Staatsrat entschied ebenso, daß die Zahlungen für den Lebensunterhalt der Pensionäre von Erziehungsinstitutionen und staatlichen Unternehmen angehoben werden sollen.

6) Die Frage der strikten Kontrolle der Staatsausgaben. Der Staatsrat entschied, daß der wichtigste Teil der erhöhten Finanzeinnahmen für dieses Jahr als Mittel für die Reform des Preis- und Lohnsystems und für die notwendigen Ausgaben in der Landwirtschaft, im Bildungswesen, für die wissenschaftliche Entwicklung und für die nationale Verteidigung ausgegeben werden.

(Radio Beijing, 21.3.89, zit. nach SWB, 28.3.89) -lou-

***(26)
Gewaltige Geldmengensteigerungen**

Nach Aussagen von Qiu Qing, stellvertretender Präsident der Volksbank, auf dem Nationalen Volkskongreß sei die Geldmenge der Volksrepublik im Jahre 1988 auf 2,1 Billionen Yuan gestiegen, das sei ein Zuwachs von 47% gegenüber dem Jahre 1987. Damit wurde zum erstenmal eine Aussage über die Geldversorgung in China gemacht.

Qiu bestätigte auch, daß die offizielle Inflationsrate des Landes von 18,5% für das Jahr 1988 die tatsächlichen Preissteigerungen nicht in angemessener Weise wiedergebe. Qiu erklärte, die Lebenshaltungskosten seien um 20,7% im Jahre 1988 gestiegen. Die meisten chinesischen Wirtschaftswissenschaftler nehmen jedoch eine Inflationsrate von ca. 36% an.

Die Wirtschaftswissenschaftler führen eine Vielzahl von Faktoren an, die zur Inflation beitragen. Darunter befinden sich die schnell gestiegene Nachfrage nach Jahren des Mangels und der Transportengpässe. Die übermäßige Zunahme der Geldmenge trage zur Inflation bei, weil sie die Nachfrage noch weiter anheize.

Im September 1988 war ein Programm in Kraft gesetzt worden, das die Inflation und das übergroße industrielle Wachstum durch Zurückschneiden von Investitionen bekämpfen soll. Im ganzen Lande waren Tausende von Projekten gestoppt worden.

Die Volksbank hatte auch die Kreditkontrollen verschärft und vor allem jene Kredite beschnitten, die sonst für die staatseigenen Unternehmen leicht erhältlich waren. (AWSJ, 30.3.89) -lou-

***(27)
Chinesische Bauholzimporte reduziert**

Die Volksrepublik China, der Welt zweitgrößter Importeur von Bauholz, plant, seine Importe um nahezu 40% im Jahre 1989 zu reduzieren. Dies ist Teil der Bemühungen, das Wirtschaftswachstum und die Investitionen einzuschränken. Die Reduzierung bedeutet, daß die Bauholzexporteure ca. 440 Mio.US\$ im chinesischen Markt verlieren werden. Die Chinesen wollen

die auf diese Weise eingesparten Devisen dazu nutzen, fortgeschrittene Technologie und Ausrüstungen zu importieren.

Die Staatliche Planungskommission entschied, ein Quotensystem für den Bauholzimport festzusetzen. Die Quoten werden den lokalen Regierungen zugewiesen, denen dann das Recht zugestanden wird, zu entscheiden, welche Art von Bauholz sie kaufen wollen.

Experten sagten bereits voraus, daß die Abnahme der Bauholzimporte gewisse Auswirkungen auf die chinesische Bauindustrie haben werde und daß die Quoten sehr wahrscheinlich nicht beachtet werden, weil die geringe Zunahme der Bauholzproduktion nicht die scharf ansteigende Nachfrage nach Bauholzprodukten befriedigen kann.

Während der letzten sechs Jahre stieg der einheimische Bedarf um 44% an, was einem Gesamtverbrauch von 75 Mio.m³ im Jahre 1988 entsprach, verglichen mit 52,2 Mio.m³ im Jahre 1982.

Im Jahre 1988 importierte die Volksrepublik annähernd 10 Mio.m³ Bauholz. 80% davon wurde durch die China Timber Import & Export Corp. (CTIEC), eine staatseigene Gesellschaft, importiert. Li Xiaoming, ein Manager der CTIEC, erklärte, daß seine Gesellschaft im Jahre 1988 8,2 Mio.m³ Holz importiert habe, darunter 4,7 Mio.m³ aus den Vereinigten Staaten und Kanada. 2,7 Mio.m³ kamen aus osteuropäischen Ländern, aus der Mongolei und Korea. 310.000 m³ kamen aus Brasilien und Chile, 490.000 m³ aus Malaysia und Neuseeland.

Die Volksrepublik exportiert auch Bauholzprodukte, nämlich 150.000 m³ nach Japan und Europa. Dabei handelt es sich um seltene Hölzer vor allen Dingen aus der Manschurei und der Mongolei. (China Daily, 20.3.89) -lou-

***(28)
Rentner leiden unter Inflation**

Die chinesische Regierung gibt jedes Jahr 20 Mrd. Yuan für Renten und Unterstützungen für 20 Millionen Rentner aus. Die Kosten für medizinische Behandlung und die Pensionen für pensionierte Soldaten sind darin nicht enthalten. Wie Liu Chengquan,

der stellvertretende Direktor der Abteilung für Rentner im Ministerium für Personal, mitteilte, hätten einige Pensionäre unter einem sinkenden Lebensstandard zu leiden.

Nach Liu hätten jene, die vor zehn Jahren pensioniert worden wären, immer noch niedrige Renten, weil der durchschnittliche Lohnsatz damals niedrig war. Viele dieser Menschen seien nun in wirklichen Schwierigkeiten, und zwar wegen der schnell steigenden Preise.

In den letzten Jahren seien die durchschnittlichen Löhne ständig gestiegen. Menschen, die nach 1985, als die nationale Lohnreform durchgeführt wurde, in Pension gegangen seien, erhalten eine höhere Pension, weil diese als Proportion zu den ursprünglichen Löhnen der Rentner festgesetzt würde. Die Löhne und Boni würden ansteigen, doch die Renten blieben unverändert.

Gegenwärtig hätten fast alle Regierungsorgane und Unternehmen eine Abteilung, die sich um die Pensionäre kümmere. Die staatliche Politik erlaube es den pensionierten Technikern und Angehörigen der freien Berufe, eine bezahlte Beschäftigung anzunehmen.

Pensionierten Regierungsbeamten auf der Ebene der Kreise oder darüber sei es jedoch verboten, sich im Geschäftsleben zu betätigen. Die politisch Verantwortlichen fürchten, daß diese Menschen ihren früheren Einfluß und ihre früheren Verbindungen dazu benutzen könnten, Gewinne zu machen und illegal tätig zu werden.

Aufgrund der staatlichen Politik würden die Pensionäre in zwei Teile eingeteilt. Die 1,51 Millionen Pensionäre, die die revolutionäre Arbeit vor der Gründung der Volksrepublik aufgenommen hätten, erhalten einen vollen Prozentsatz ihrer ursprünglichen Löhne und eine Menge weiterer Vergünstigungen. Weitere 700.000 Menschen dieses Typs werden innerhalb der nächsten vier Jahre pensioniert.

Diejenigen, die nach 1949 auf der staatlichen Gehaltsliste standen, erhalten eine Pension in Höhe von 60-75% ihrer ursprünglichen Löhne. Diese 3,18 Millionen Pensionäre erhalten auch Leistungen aus der sozialen Wohlfahrt, jedoch weniger günstiger als die anderen.

Liu erklärte, daß die Anzahl der Pensionäre jährlich mit 1 Million ansteige. Ein Höhepunkt wird in zehn Jahren erreicht sein.

Die meisten Pensionäre erhalten ihre Pensionen von ihrer ursprünglichen Arbeitseinheit. So wird die Last der älteren Unternehmen und Regierungsinstitutionen immer schwerer. Man probiere nun ein Versicherungssystem aus, um diese Lasten zu reduzieren.

Liu wies darauf hin, daß in China das Pensionsalter auf 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen festgesetzt worden sei. Dennoch würde dies an einigen Orten nicht durchgeführt werden. Tatsache ist, daß man umso höhere Pensionen bezieht, je später man sich zurückzieht, weil die Löhne ansteigen.

Viele Pensionsprobleme werden gelöst werden, wenn das System des öffentlichen Dienstes voll eingeführt sei und wenn es ein erfolgreiches Sozialversicherungsnetz geben werde. (China Daily, 24.2.89) -lou-

Taiwan

*(29) Verstärkte Wirtschaftsbeziehungen zu Europa

Die halbamtliche Organisation Taiwans für Außenhandelsentwicklung CETRA (China External Trade Development Council) hat am 3. März in Düsseldorf (Willi-Becker-Allee 11) und am 6. März in Hamburg (Neuer Wall 50) je ein Taiwan Trade Center offiziell eröffnet. Ein weiteres CETRA-Handelszentrum wird Anfang Juli in Rotterdam seinen Betrieb aufnehmen. Außerdem hat die taiwanische Wirtschaftsvertretung in der Bundesrepublik, das Far East Trade Service Center, jetzt neben Hamburg und Frankfurt auch in Stuttgart ein Büro. (ZYRB, 5.3.89; LHB, 6.3.89; Freies Asien, Bonn, 23.3.89)

Bereits im Juni letzten Jahres hatte die taiwanische Internationale Handelsgesellschaft ein privates Handelszentrum in Hamburg eingerichtet. Insgesamt

ist Taiwan inzwischen mit über zwanzig Firmen in der Hansestadt vertreten. Dazu gehört die größte Container-Reederei der Welt, die Evergreen-Linie. (Hamburger Abendblatt, 3. u. 7.3.89)

Im Hinblick auf die Gründung eines EG-Binnenmarktes 1992 billigte das Kabinett in Taipei einen Plan des Wirtschaftsministeriums zur Stärkung der Handelsbeziehungen mit Europa. Danach sollen Unternehmen gefördert werden, das Verkaufnetz in Europa weiter auszubauen, noch mehr Warenverteilungshäuser und Ausstellungszentren einzurichten und Ver- und Einkaufsdelegationen nach Europa zu senden. (CP, 31.3.89) Im letzten Jahr betrug der Gesamtwert des Handels zwischen Taiwan und Europa rund 18 Mrd. US\$, 36% mehr als 1987. Taiwans Exporte nach Europa stiegen um 25% auf 10 Mrd. US\$, die Importe aus Europa um 52% auf 8 Mrd. US\$. Der Handelsüberschuß zugunsten Taiwans fiel um 28% auf 2 Mrd. US\$. Der Anteil der Exporte nach Europa am Gesamtexportwert Taiwans betrug 16,3% und der Importe aus Europa am Gesamtimportwert 16,1%. (FCJ, 6.2. u. 9.3.89)

Die Bundesrepublik ist der größte Handelspartner Taiwans in Europa. Im letzten Jahr hatte das Gesamthandelsvolumen zwischen beiden Seiten mit 4.470 Mio. US\$ einen Zuwachs von 23,5% zu verzeichnen. Taiwan exportierte Waren im Wert von 2.337 Mio. US\$ in die Bundesrepublik und importierte Waren im Wert von 2.132 Mio. US\$ aus der Bundesrepublik. (LHB, 12.3.89).

Nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Osteuropa verstärkt Taiwan seine Handelsaktivitäten. Zwischen Taiwan und den drei osteuropäischen Staaten DDR, Ungarn und Jugoslawien bestehen seit Mitte März Meistbegünstigungsvereinbarungen im bilateralen Handel (LHB, 16.3.89), und am 21. März genehmigte das Kabinett in Taipei die Gründung eines Handelsbüros des CETRA in Ungarn. Bisher hatte Taiwan noch keine Wirtschaftsvertretung in einem sozialistischen Land. (LHB, 22.3.89; FCJ, 27.3.89) Im letzten Jahr betrug Taiwans Außenhandel mit Osteuropa rund 418 Mio. US\$, 52,6% mehr als